

## Schweiz/Ausland

### Strengere Regeln für Fleischbetriebe in Deutschland

**Berlin** Die deutsche Regierung hat gestern die geplanten schärferen Regeln für die Fleischindustrie auf den Weg gebracht. Der Gesetzentwurf von Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) sieht vor, dass in grösseren Betrieben der Branche ab dem 1. Januar 2021 im Kerngeschäft Schlachtung, Zerlegung und Fleischverarbeitung keine Werkvertrags- oder Leiharbeiter mehr beschäftigt werden dürfen. Bei Verstössen drohen Bussgelder. Ausgenommen sind Fleischerhandwerksbetriebe mit maximal 49 Mitarbeitern. Eingeführt werden sollen ausserdem eine Pflicht zur elektronischen Arbeitszeiterfassung, Mindestanforderungen für Gemeinschaftsunterkünfte und eine Mindestquote für Arbeitsschutzkontrollen. Hintergrund sind die gehäuften Coronafälle in Schlachtbetrieben in den vergangenen Monaten. Dadurch waren die schon länger kritisierten Arbeitsbedingungen vieler osteuropäischer Beschäftigter in der Fleischbranche erneut in den Fokus gerückt. *sda*

### Nachrichten

#### ITALIEN

### Notstand gilt bis Mitte Oktober

Italiens Regierung will den coronabedingten Notstand bis zum 15. Oktober verlängern – und weiss dabei die Volksvertretungen hinter sich. Nach dem Senat stimmte gestern auch das Abgeordnetenhaus der Verlängerung zu. Politiker der rechten Opposition und einige Rechtsexperten waren zuletzt gegen eine Verlängerung. Sie sehen Grundrechte in Gefahr und werfen der Regierung vor, dass sie mit Dekreten am Parlament vorbei regieren wolle. Die Massnahme gibt der Regierung besondere Rechte. *sda*

#### USA

### Bundestruppen ziehen aus Portland ab

Die US-Regierung will die von ihr gegen den Willen der örtlichen Behörden in die Stadt Portland entsandten Sicherheitskräfte des Bundes in Phasen abziehen. Die Gouverneurin des Westküstenstaats Oregon, Kate Brown, sagte gestern, das bisher von den Bundestruppen geschützte Bundesgericht in Portland werde künftig von Kräften des Bundesstaats bewacht. In Washington bestätigte der zuständige Minister Chad Wolf die Einigung. Sein Ministerium kündigte zugleich an, Sicherheitskräfte des Bundes nach Detroit, Cleveland und Milwaukee zu entsenden. *sda*

# Restferien statt Verhandlungen – Lauber geht Ende August

**Bern** Letzte Woche wollte Bundesanwalt Michael Lauber noch taktieren und bot seinen Rücktritt lediglich an. Nun ist klar, dass er seinen Posten zügig räumen wird.

Nach dem unklaren Rücktrittsangebot jetzt die klare Kündigung: Bundesanwalt Michael Lauber hat gestern auf Ende Januar 2021 seinen Rücktritt erklärt. Ob das Amtsenthebungsverfahren gegen ihn trotzdem weitergeführt wird, entscheidet sich Mitte August. Wegen Ferienguthaben werde der 54-Jährige sein Amt bereits Ende August abgeben, teilte die Bundesanwaltschaft mit. Danach und bis zum ordentlichen Rücktritt Laubers sollen dessen Stellvertreter, Jacques Rayroud und Ruedi Montanari, die Bundesanwaltschaft leiten.

Sie sind beide langjährige Mitarbeiter bei der Bundesanwaltschaft und wurden im Sommer 2019 vom Parlament in ihren Ämtern bestätigt, noch vor der Wiederbestätigung Laubers. Der operative Betrieb bleibe so gewährleistet und die hängigen Strafverfahren würden weitergeführt, hiess es.

Lauber hatte bereits am vergangenen Freitag nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in einer persönlichen Erklärung seinen Rücktritt angeboten. Sein Vorgehen hatte ihm vonseiten von Politikerinnen und Politikern den Vorwurf eingetragen, er wolle um die Bedingungen seines Abgangs feilschen – und war entsprechend auf harsche Kritik gestossen (das BT berichtete).

Das Bundesverwaltungsgericht hatte in seinem Urteil festgestellt, dass Lauber mehrere Amtspflichtverletzungen begangen hatte. Besonders schwer wog in den Augen des Gerichts eine Erinnerungslücke bei einem Treffen mit Fifa-Präsident Gianni Infantino. Lauber habe über dieses Treffen vorsätzlich die Unwahrheit gesagt. Das sei eine schwere Amtspflichtverletzung. Das Gericht bestätigte damit teilweise die Vorwürfe der Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft. Gleichzeitig hatte auch die Gerichtskommission des Parlaments auf dieses Urteil gewartet, bevor sie entscheiden wollte, ob sie der Bundesversammlung einen Antrag auf Amtsenthebung Laubers stellt.

#### Amtsenthebung bleibt möglich

Dieses laufende Amtsenthebungsverfahren ist trotz der formellen Rücktrittserklärung nicht automatisch abgeschlossen. Die Gerichtskommission werde am 19. August über das weitere Vorgehen im Fall Lauber entscheiden, sagte Kommissionspräsident, Ständerat Andrea Caroni (FDP/AR).



Michael Lauber klammert sich nicht länger an sein Amt. KEYSTONE

### Kein Vorentscheid über Nachfolgeregelung

Die beiden Stellvertreter Laubers sind nach Einschätzung von Beobachtern keine potenziellen Nachfolger des Bundesanwalts. Ruedi Montanari ist seit April 2008 stellvertretender Bundesanwalt. Der Bundesrat wählte ihn damals noch in eigener Kompetenz. Sein Amt trat er unter Bundesanwalt Erwin Beyeler an. Montanari wuchs im Kanton Solothurn auf. Die Berufslaufbahn startete er 1993 als Untersuchungsrichter des Kantons Solothurn. 2001 wechselte er zur Bundesanwaltschaft. Jacques Rayroud wurde 2015 vom Parlament zu Laubers zweitem Stellvertreter gewählt. Bis dahin war er Leitender Staatsanwalt bei der Bundesanwaltschaft und Leiter der Zweigstelle Lausanne. Zur Bundesanwaltschaft stiess er im Juli 2003. Zuvor war er während neun Jahren Untersuchungsrichter im Kanton Freiburg. *sda*

Bei der Sitzung könnte die Kommission zwar beschliessen, das Verfahren einzustellen. Da aber Lauber offiziell noch bis Ende Januar 2021 Bundesanwalt bleibt, könnte sie der Bundesversammlung trotz allem auch einen Antrag auf Amtsenthebung stellen.

Ausserdem werde die Gerichtskommission die Bedeutung und Wirkung der Kündigung analysieren, sagte Caroni. Gemäss der Verordnung der Bundesversammlung über das Arbeitsverhältnis und die Besoldung des Bundesanwalts beträgt die Kündigungsfrist für einen Bundesanwalt sechs Monate.

#### Zwei Anzeigen hängig

Die Gerichtskommission könnte aber auch einer kürzeren Kündigungsfrist zustimmen, «wenn keine wesentlichen Interessen entgegenstehen». Finanzielle Konsequenzen wird dieser Entscheidung für Lauber keine haben: Weil er selber gekündigt hat, steht ihm gemäss Verordnung keine Entschädigung mehr zu. Ausserdem sind gegen Lauber noch

Strafanzeigen hängig. Dabei geht es unter anderem um den Vorwurf der Begünstigung in Zusammenhang mit den nicht protokollierten Treffen Laubers mit Infantino. Ein ausserordentlicher Staatsanwalt prüft zur Zeit die Strafanzeigen.

Er soll klären, ob die Voraussetzungen für die Eröffnung einer Strafuntersuchung gegeben sind. Sollte das der Fall sein, wird er bei den zuständigen Kommissionen der Bundesversammlung ein Gesuch um Aufhebung der Immunität des Bundesanwalts und um Durchführung eines Strafverfahrens stellen. Er achtet er die Strafanzeigen als unbegründet, könnte er eine sogenannte Nichtanhandnahmeverfügung erlassen.

Zu seinem offiziellen Rücktrittszeitpunkt wird Lauber über neun Jahre im Amt gewesen sein. Er war 2011 als erster Bundesanwalt von der Vereinigten Bundesversammlung gewählt worden. Die Wahl eines Nachfolgers oder einer Nachfolgerin kommt wohl frühestens für die Wintersession infrage. *sda*

## Trump rechnet mit den deutschen Verbündeten ab

**Washington** Die Vereinigten Staaten wollen fast 12 000 Soldaten aus Deutschland abziehen. Der Plan übertrifft alle Befürchtungen auf deutscher Seite.

Bevor Donald Trump zum Präsidenten gewählt wurde, war er Geschäftsmann. Viele Dinge betrachtet er auch heute noch aus dieser Perspektive. Oft spricht er darüber, wer für etwas wie viel bezahlt hat, und droht mit Konsequenzen, sollte es zu wenig sein. Nun ist der Lieblingsgegner unter den traditionellen US-Verbündeten an der Reihe

Während Verteidigungsminister Mark Esper und Vertreter der Militärführung gestern bei Bekanntmachung der Pläne für den Abzug von 12 000 Soldaten aus Deutschland im Pentagon zunächst bemüht sind, die Entscheidung strategisch zu begründen, macht Trump im Garten des Weissen Hauses unverhohlen klar, dass es sich dabei um eine Strafaktion handelt. «Deutschland ist säumig», sagt Trump. «Deutschland schuldet der Nato

Abermilliarden an Dollar.» Es ist immer wieder geäussert Vorwurf an die Adresse Berlins, dass dort zu wenig in die Verteidigung investiert werde.

Grundlage für Trumps Kritik ist das Zwei-Prozent-Ziel des Verteidigungsbündnisses, das vorsieht, dass sich alle Alliierten bis 2024 dem Ziel annähern, mindestens zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben. Deutschland hat die Ausgaben in den vergangenen Jahren zwar deutlich gesteigert, lag aber 2019 dennoch erst bei einem BIP-Anteil von 1,38 Prozent.

#### Konsternation in Berlin

Auch wenn Esper betont, er habe die Pläne vergangene Woche mit Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer besprochen und werde dies auch in den kommenden Tagen und Wochen im Detail tun, hat die Entscheidung die Bundesregierung im Juni kalt erwischt. Sie erfuhr aus den Medien davon. Auch in einer Unterrichtung der Experten des Bundestags hin-

terliessen die parlamentarischen Staatssekretäre aus dem Verteidigungsministerium und dem Auswärtigen Amt gestern den Eindruck, als wenn sie noch nicht in alle Details eingeweiht sind. Fest steht: Es soll noch viel schlimmer kommen als erwartet. Mit fast 12 000 Soldaten gehen die Pläne schon zahlenmässig deutlich weiter als die zunächst kommunizierten 9500 Soldaten. Noch schmerzhafter für Deutschland ist es, dass die Amerikaner zwei wichtige Kommandozentralen verlagern wollen. Von den Patch-Baracks in Stuttgart-Vaihingen aus werden derzeit noch die US-Operationen in ganz Europa und in Afrika gesteuert. Das Europa-Kommando soll nun nach Mons in Belgien verlegt und dort mit dem militärischen Nato-Hauptquartier in Europa verzahnt werden. Für das Afrika-Kommando ist noch kein Standort gefunden.

Trump scheinen die wirtschaftlichen Folgen des Abzugs bewusst zu sein. «Jetzt sagt Deutschland, es sei schlecht für seine Wirtschaft», sagte er. «Nun, es

### «Deutschland schuldet der Nato Abermilliarden an Dollar.»

Donald Trump

ist gut für unsere Wirtschaft.» Kritiker sehen hinter der Entscheidung rein politische Motive.

Doch ob der Truppenabzug tatsächlich so über die Bühne gehen kann wie angekündigt, ist unklar. Es gibt erheblichen Widerstand, auch bei Trumps Republikanern. Aus ihrer Sicht würde ein Abzug von US-Soldaten aus Deutschland auch die «Nationale Sicherheit der

USA gefährden», warnten der führende Republikaner im Auswärtigen Ausschuss des Repräsentantenhauses, Michael McCaul, und fünf seiner republikanischen Kollegen kürzlich in einem Brief an Trump.

#### Kongress redet mit

Die Umsetzung der Pläne ist nicht nur eine logistische Herausforderung, sondern auch eine kostspielige Angelegenheit. Trump kann den Teilabzug als Oberbefehlshaber der Streitkräfte anordnen. Der Kongress aber muss die Gelder dafür bewilligen. Und sollte Trump im November die US-Wahl verlieren, könnte sein Nachfolger die Pläne auf Eis legen. Auch von Militärs werden die Abzugspläne kritisiert. Der frühere Befehlshaber der US-Truppen in Europa, Ben Hodges, nannte die Pläne am Dienstag auf Twitter erneut einen «kolossalen Fehler». Deutschland sei ein unverzichtbarer Verbündeter, den die USA für ihre eigene Sicherheit bräuchten.